

20.57

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Ich möchte an das anknüpfen, was Schellhorn gesagt hat: Die Weinwirtschaft ist ein Beispiel dafür, wie strenge gesetzliche Regelungen einen dynamischen Sektor unterstützen und im Gegenteil nicht binden.

Das seinerzeit strengste Weingesetz der Welt, das beschlossen wurde, war ja anfangs in der Weinwirtschaft nicht unumstritten, weil es eine zentrale Umstellung bedeutet hat. Letztendlich sind aber die Winzer diesen Weg mitgegangen und haben – und das stimmt – mit unglaublicher Innovationskraft und Modernität den Sektor extrem dynamisch gemacht. Kollege Schmuckenschlager ist schon darauf eingegangen.

Das heißt, eine ordentliche gesetzliche Regelung ist eine solide Basis dafür, dass sich ein Sektor entwickeln kann, auch einem internationalen Trend folgend, denn andere Weinbauländer wie beispielsweise Frankreich sind im internationalen Bereich ja vorangegangen. Österreich kann heute, das kann man mit Fug und Recht und ohne Übertreibung sagen, in der internationalen Liga weltweit mitspielen. Da gebührt der Dank den Winzerinnen und Winzern, die diesen Weg konsequent gehen.

Was hier unterstützend gemacht wird, ist, dass an Schrauben gedreht wird, die das Arbeiten der Winzerinnen und Winzer erleichtern sollen, wie es in der vorliegenden Weingesetz-Novelle auch erfolgt. Was der Sektor auch erzielt hat, ist, dass viele Regelungen und Notwendigkeiten der Branche aus der Weinwirtschaft selbst kommen und es mittlerweile eine gute Tradition ist, dass nicht gesagt wird, der Preis ist schlecht, sondern dass man Lösungen erzielt, die dann umgesetzt werden und die letztendlich der Branche auch helfen. Daher ist es wichtig, dass man diesen Weg weitergeht und dass das hier auch umgesetzt wird.

Daher ist es auch wichtig, dass hier heute die Unterstützung nach den Katastrophenschäden beschlossen worden ist. Da geht es weniger darum, dass sich jetzt Geld in die Weinwirtschaft und in den Obstbau ergießt, sondern da geht es darum, dass man einer Branche, die ins Mark getroffen wurde, hilft, wenn man vor der Vernichtung der Jahreseernte oder vielleicht mehrjähriger Ernten steht. Der Staat sagt symbolisch: Ich stehe dir zur Seite und helfe dir, wenn es um Existenzbedrohung geht. Das ist wichtig, und das ist, glaube ich, ein schönes Signal der Unterstützung.

Zum Thema Uhudler: Ich meine, das ist ja eigentlich eines der Phänomene, die man immer wieder in der Politik erlebt. So ist es auch in diesem Fall, bei dem es zwar um eine geringe Rebfläche geht, aber doch medial eine Riesendebatte entsteht. Irgendwie

hat es aber auch seine Begründung, es stellt ein bisschen den Kampf David gegen Goliath dar: das große Regelwerk auf der europäischen Ebene auf der einen Seite und ein paar aufrechte Winzer, die den Direktträger namens Uhudler forcieren und von der Europäischen Union drangsaliert werden, dass sie das nicht dürfen, auf der anderen Seite.

Daher ist es auch verständlich, dass es medial so eine Breite hat, zugleich ist es aber auch notwendig, dass man dieses EU-Reglement hat. Ich durfte damals als Landwirtschaftsminister die EU-Weinmarktordnung verhandeln, da es auf der europäischen Ebene – weil der Wein eben gut geht – Bestrebungen gegeben hat, dass man in ganz Europa, auch in Ungunstlagen Wein auspflanzen darf.

Wir Österreicher haben gemeinsam mit Partnern gesagt, dass wir das nicht wollen. Wir wollen, dass nur in bestimmten Regionen Wein angepflanzt wird, damit wir diesen Qualitätsweg nicht gefährden. Das ist gelungen. Gleichzeitig sagt aber die Europäische Union: Wir wollen die Direktträgersorten, die sich um den Uhudler ranken, nicht.

*(Präsidentin **Bures** übernimmt den Vorsitz.)*

Trotzdem ist es aber wichtig, den Uhudler abzusichern, denn er ist mehr als Wein oder ein Getränk. Er symbolisiert ein bisschen eine Region, die ums Überleben kämpft: das Südburgenland, das strukturschwach ist, das eine enorme Abwanderung hat und wo es wenig Arbeitsplätze gibt. Daher ist es richtig *(Zwischenruf der Abg. **Brunner**)*, dass der Einsatz so war, damit es eine Unterstützung in der Region gibt. *(Abg. **Pirkhuber**: Jetzt ist es schon viel besser!)* Die Winzer haben dadurch eine enorme Qualitätssteigerung erreicht und sich einen Markt erobert.

Wenn Sie beispielsweise vor Kurzem Am Hof beim sogenannten **Kul(t)inarium** waren, haben Sie gesehen, wie Hunderte Besucher burgenländische Produkte verkostet haben, unter anderem auch den Uhudler; oder es gibt auch die Paradiestage „Komm' ins Paradies!“ *(der Redner hält eine Zeitschrift in die Höhe)*, das ist eine Initiative, die immer wieder am dritten Maiwochenende stattfindet, in deren Rahmen es neben Uhudler auch verschiedene regionale Produkte gibt, die man genießen kann, womit eine Region sich selbst helfen will und ihre Spezialitäten präsentiert. Vielleicht haben Sie Zeit, besuchen Sie die Veranstaltung, sie ist es wert.

Frau Kollegin Brunner, Sie haben gesagt, die Regelungen des Weingesetzes könnte vielleicht EU-rechtswidrig sein. – Es ist umgekehrt. Experten aus Klosterneuburg sagen, dass die Weinbauverordnung des Burgenlands unter Umständen vielleicht nicht dem EU-Recht entspricht. *(Abg. **Brunner**: Ich habe gesagt ...!)* – Hören Sie sich die Experten an! Daher ist es umso wichtiger, dass es ein Sicherheitsnetz gibt. Was wir

hier heute beschließen, ist ein solches. Dieses Weingesetz bedeutet, Wein als Obstwein deklarieren zu können, damit aus der EU-Weinmarktordnung zu kommen und eine Absicherung zu haben.

Ein letztes Wort noch zur finanziellen Dotierung der zitierten Katastrophenvorsorge und Ernteversicherung: Wir haben es heute beschlossen; Niederösterreich, Steiermark und Oberösterreich haben es auch gemacht, das Burgenland noch nicht. Es ist schade, dass die burgenländische Landesregierung das noch nicht beschlossen hat, denn dadurch sind burgenländische Bauern schlechter gestellt als die Bauern in anderen Bundesländern. Ich hoffe, dass die burgenländische Landesregierung das ebenfalls beschließt, um eine Gleichstellung unter den landwirtschaftlichen Betrieben zu gewährleisten. (*Abg. Preiner: Kollege, Sie haben ...!*) – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

21.02

**Präsidentin Doris Bures:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schabhüttl. – Bitte.